

BUCHBESPRECHUNGEN

Botsch, Gideon/Olaf Glöckner/Christoph Kopke/Michael Spieker: *Islamophobie und Antisemitismus- ein umstrittener Vergleich* (Bodo Kahmann)..... 104

Wolf, Frieder/Deorg Wenzelburger: *Promotionsratgeber Politikwissenschaft* (Eckhard Jesse)..... 106

Goldhagen, Daniel: *Schlimmer als Krieg. Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist* (Richard Albrecht)..... 110

Hoffmann, Karsten Dustin: *»Rote Flora«. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg* (Harald Bergsdorf)..... 111

Morkel, Arnd: *Marcus Tullius Cicero. Was wir heute noch von ihm lernen können* (Christoph Böhr)..... 112

Musner, Lutz: *Der Geschmack von Wien. Kultur und Habitus einer Stadt* (Richard Saage)..... 114

Savaş Taş: *Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus* (Georg Simet)..... 115

Voegelin, Eric / Leo Strauss: *Glaube und Wissen. Der Briefwechsel zwischen Eric Voegelin und Leo Strauss* (Harald Bergbauer)..... 117

Gideon BOTSCH, Olaf GLÖCKNER, Christoph KOPKE, Michael SPIEKER (Hrsg.): *Islamophobie und Antisemitismus- ein umstrittener Vergleich, Berlin/Boston, De Gruyter, 2012, 265 S., 69,95 €*

Studien zur Feindschaft gegenüber Muslimen und dem Islam, die oftmals mit dem Begriff der Islamophobie arbeiten, scheinen sich als eigenständi-

ger Forschungszweig innerhalb der Vorurteils- und Rassismusforschung zu etablieren. Die Anzahl an Veröffentlichungen zu dem Thema ist jedenfalls in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Im Zuge der Popularisierung des umstrittenen Islamophobie-Konzeptes kam sehr schnell die Frage nach der Vergleichbarkeit mit dem Antisemitismus auf; ein Erkenntnisinteresse, das insofern nicht gänzlich neu ist, da das Verhältnis zwischen Rassismus und Antisemitismus die Forschung bereits seit längerem beschäftigt.

In den Mittelpunkt der wissenschaftlichen, wie der medialen Aufmerksamkeit rückte die Frage nach der Ergiebigkeit eines wissenschaftlichen Vergleichs von Islamophobie und Antisemitismus durch die Konferenz »Feindbild Muslim – Feindbild Jude«, die das Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) an der TU Berlin im Dezember 2008 veranstaltete. Bereits vor der Konferenz entspann sich eine über diverse Kanäle geführte Debatte nach der Relevanz und Legitimation eines solchen Vergleichs, die auch im Nachgang der Tagung an Härte und Polemik nichts einbüßte.

Nun liegt mit dem Sammelband *Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich* erstmals eine Publikation vor, in der verschiedene Standpunkte zur Debatte aus der Perspektive mehrerer Disziplinen dargestellt werden. Ziel der Herausgeber ist es, die Debatte wieder auf eine sachliche Ebene zurückzuführen, da »Sinn und Zweck eines Vergleiches letztlich im Rahmen der »wissenschaftlichen Kontroverse« erörtert werden [müssen]« (S. 3). Der Sammelband beruht auf einer Tagung, die das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam in Zusammenarbeit mit der Akademie für politische Bildung in Tutzing im Januar 2011 abgehalten hat.

Dem pluralistischen Ansatz entsprechend werden unterschiedliche Aspekte hervorgehoben: So kritisiert der Politikwissenschaftler Armin Pfahla-Traugher in seinem Beitrag den Begriff der Islamophobie. Pfahla-Traugher zufolge bietet er keine ausreichende Trennschärfe, die eine Unterscheidung zwischen einer fremdenfeindlichen Hetze gegen Muslime als Individuen und einer menschrechtlich orientierten Kritik am Islam zuließe (S. 12-13). Der Autor plädiert deshalb für den

Begriff des »Antimuslismus« bzw. den der »Muslimfeindschaft«, da darin zum Ausdruck komme, dass es sich um eine Diskriminierungs-ideologie handelt, die Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe benachteiligt. Erst auf der Grundlage solch eines Konzepts ließe sich der Hass gegenüber Muslimen mit dem Antisemitismus vergleichen. Welchen Erkenntnisgewinn ein Vergleich tatsächlich liefern könnte, der über die Einsicht hinaus geht, dass sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten feststellen lassen können, führt Pfahl-Traughber jedoch nicht weiter aus.

Eine konzeptionelle, wie empirische Kritik des Islamophobie-Begriffs steht auch im Mittelpunkt des Aufsatzes der Politikwissenschaftlerin Luzie Kahlweiß und Samuel Salzborn. Die Autoren ziehen in Zweifel, dass empirische Studien zur Islamophobie eine spezifisch rassistische Haltung gegenüber Muslimen ermitteln. So bliebe bei manchen quantitativen Studien ungeklärt, ob den Zustimmung zu muslimfeindlichen Items wirklich ein islambezogener Rassismus zugrunde liegt oder hierbei lediglich die Variation einer rassistischen Grundhaltung abgefragt wird. Eingedenk einer mangelnden Spezifikation des Konzepts Islamophobie werden den Autoren zu folge die differnten Motive einer Ablehnung des Islams negiert: So könne ein Misstrauen gegen den Islam auch einen liberalen, aufklärerischen oder feministischen Hintergrund haben (S. 60). Kahlweiß und Salzborn können so anhand von mehreren Beispielen plausibel darstellen, dass der Begriff der Islamophobie einer trennscharfen Definition und adäquaten empirischen Umsetzung bedürfe.

Mit der Kritik an der postulierten Vergleichbarkeit von Islamophobie und Antisemitismus beschäftigen sich die Sprachwissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel und der Historiker Evyatar Friesel. Sie gehen davon aus, dass der Vergleich den Antisemitismus verharmlose und zugleich kontraproduktiv für ein Verständnis von Muslimfeindlichkeit sei. Die Gemeinsamkeiten reichten nicht aus, um einen wissenschaftlichen Vergleich zu rechtfertigen. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Phänomenen bestehe in den jeweiligen Ursachen: Handle es sich bei der Islamophobie um die unzulässige Verallgemeinerung von einzelnen Sachverhalten, die jedoch auf empirisch nachweisbaren Tatsachen beruhen (Sexismus, Homophobie, terroristische Gewalt in der

arabischen/muslimischen Welt), handle es sich beim Antisemitismus um »irreale Konstruktionen«, die jeder empirischen Basis entbehrten. Daher eigne sich der Antisemitismus auch nicht als erkenntnisleitendes Paradigma für die Vorurteilsforschung (S. 42). Die Autoren bringen hierbei ein Argument in die Diskussion ein, das bereits seit längerem als ein wichtiges Kriterium der Unterscheidung zwischen Rassismus und Antisemitismus diskutiert wird: Der rationalere Kern des Rassismus.

Gegen diese Annahme argumentiert die Historikerin Julia Wetzel. Die langjährige Mitarbeiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) sieht die Grundlage eines wissenschaftlichen Vergleichs u. a. in den Umstand begründet, dass sowohl die Islamfeindschaft, als auch der Antisemitismus auf »imaginierten Verhaltenszuschreibungen« beruhen, und daher gleichermaßen irrational seien (S. 85). Dies zeige sich auch daran, dass die Islamfeindschaft, analog zum Antisemitismus, nicht auf das Vorhandensein von Muslimen angewiesen ist. Insofern kommt für den Vergleich zum Antisemitismus auch der Tatsache keine Bedeutung zu, dass die Terroristen vom 11. September einen islamistischen Hintergrund haben. Die Möglichkeit nach einer Unterscheidung zwischen einem Misstrauen gegenüber dem Islam, das angesichts des islamistischen Terrorismus nicht vorurteilbehaftet sein muss, und einer fremdenfeindlichen Haltung gegenüber Muslimen, wird von Wetzel nicht als relevant erachtet. Dies ist insofern problematisch, als hiermit rein theoretisch auch Kritik an militanten Islamisten unter das Verdikt der Islamfeindschaft fallen kann.

Größere Gemeinsamkeiten zwischen Antisemitismus und Islamophobie sieht auch der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik. So gäbe es starke Parallelen hinsichtlich des Motivs der »Überschwemmung aus dem Osten«, das sowohl im Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts, als auch in der Islamophobie der Gegenwartsgesellschaft virulent sei. Brumlik betont dabei, dass es beim Vergleich nur darum gehe, Reaktionsmuster von Antisemiten und Islamfeinden zu vergleichen, um abschließend jedoch zu urteilen, dass zwischen dem Antisemitismus im Kaiserreich und der Islamophobie heute eine Strukturidentität bestehe. Die von Brumlik behauptete Strukturidentität ergibt sich jedoch gerade nicht aus den von ihm aufgeführten Textbeispielen. So lässt sich in den Zi-

taten von Heinrich von Treitschke eine phantasierte Allmacht der Juden feststellen, die sich in den als islamfeindlich dargestellten Textpassagen nicht finden lässt.

Die restlichen Beiträge stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang zum eigentlichen Thema des Sammelbandes. So beschäftigt sich Julius Schoeps mit dem christlichen Antijudaismus, Monika Halbinger mit antisemitischen Tendenzen in der Berichterstattung deutscher Medien über das Judentum, Kristina Kraft, Manuela Freiheit und Viktoria Spaier mit Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen in Neukölln. Thorsten Gerald versteht in seinem Beitrag den antimuslimischen Rechtspopulismus als modernisierte Inszenierungsform der extremen Rechten. Schließlich vergleicht Thomas Schmitt die Debatten über Moscheebauten aus den 1990er Jahren und heute, wohingegen Ulrich Knufinke eine architekturhistorische Betrachtung der Geschichte der Synagogen in Deutschland liefert.

In der Summe stellt der Sammelband fraglos einen wichtigen und substantiellen Beitrag zur Versachlichung einer kontrovers geführten Debatte dar. Hierbei hätte die Bandbreite an Beiträgen, die sich unmittelbar mit der Frage nach der Vergleichbarkeit beschäftigen, durchaus größer sein dürfen. Die Aufsätze des Bandes beleuchten gleichwohl verschiedene Aspekte, die für die Beantwortung der Frage nach Sinn und Zweck eines Vergleichs von Antisemitismus und Islamfeindschaft von Bedeutung sind. Besonders plausibel wird die konzeptionelle und empirische Kritik am Islamophobie-Konzept dargelegt. Sie macht deutlich, dass die Forschung noch weit davon entfernt ist, eine tragfähige und trennscharfe Begriffsbestimmung zu liefern, die auch einer validen empirischen Operationalisierung standhält. Diese begrifflichen Unklarheiten können auch nicht die Beiträge klären, die größere Parallelen zwischen den beiden Phänomenen sehen. Sie tragen aufgrund ihrer fehlenden Unterscheidung zwischen einer rassistischen und vorurteilsfreien Islamkritik eher zur Unschärfe des Konzepts bei. Angesichts dieser definitiven Ungenauigkeiten darf der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn eines Vergleichs von Antisemitismus und Islamophobie in Frage gestellt werden.

Bodo Kahmann

Frieder WOLF und Georg WENZELBURGER, *Promotionsratgeber Politikwissenschaft*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, 238 S., 24,95 €.

Als Frieder Wolf, wissenschaftlicher Mitarbeiter in Heidelberg, und Georg Wenzelburger, Akademischer Mitarbeiter in Freiburg, Ende des Jahres 2010 ihren *Promotionsratgeber Politikwissenschaft* veröffentlichten, da war die rechtswissenschaftliche Dissertation von Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg zwar schon erschienen,¹ aber noch nicht als Plagiat entlarvt, was erst Anfang 2011 geschah – zunächst eher vorsichtig durch den Juristen Andreas Fischer-Lescano,² später massiv, in der Presse wie im Internet. Der Politiker trat von seinem Amt als Verteidigungsminister am 1. März 2011 zurück, und die Universität Bayreuth entzog ihm den Doktorgrad.³ Guttenberg, dessen Dissertation stark politikwissenschaftlich angelegt war, hätte von diesem Promotionsratgeber schon deshalb schwerlich profitieren können, weil die Autoren zu Recht nicht auf den Gedanken gekommen waren, Doktoranden vor Plagiaten warnen zu müssen. Unter der Überschrift »Fragen des geistigen Eigentums« sind lediglich solche Fälle gemeint, bei denen der Doktorand vom Betreuer als »Ghost Writer ausgenutzt« (S. 180) wird.

Die Autoren bezwecken insbesondere zweierlei. Zum einen wollen sie Studierenden eine erste Orientierung zu einer (möglichen) Promotion im Fach Politikwissenschaft geben. Dabei geht es um den Wandel der Promotion, um ihren Nutzen, um ein geeignetes Thema, um die »richtige« Universität und den »richtigen« Betreuer sowie um die besten Finanzierungsmöglichkeiten. Ein Service listet die politikwissenschaftlichen Institute mit ihren fachlichen Schwerpunkten auf und gibt einen Überblick zur Promotionsförderung durch Stif-

1 Vgl. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, *Verfassung und Verfassungsvertrag. Konstitutionelle Entwicklungsstufen in den USA und der EU*, Berlin 2009.

2 Vgl. Andreas Fischer-Lescano, *Verfassung und Verfassungsvertrag. Konstitutionelle Entwicklungsstufen in den USA und der EU*, in: *Kritische Justiz* 44 (2011), 112–119.

3 Vgl. für Einzelheiten Oliver Lepsius/Reinhart Meyer-Kalkus (Hg.), *Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg*, Berlin 2011; siehe auch Karl Theodor zu Guttenberg/Giovanni di Lorenzo, *Vorerst gescheitert*, Freiburg/Brsg. 2011.

tungen. Diese Aspekte zielen eher auf das Vorfeld der Dissertation.

Zum anderen betreffen weitere Kapitel konkrete Hilfen und Probleme bei der Anfertigung der Dissertation: die Konzeption, die Überwindung von Schwierigkeiten, das nötige Feedback, die Weiterqualifikation, die Lösung von Konflikten, die spätere Publikation der Arbeit. Hier überrascht etwas die Aussage, mancher Betreuer präferiere eine kumulative Promotion derart, »dass kaum die freie Auswahl bleibt« (S. 194). Führt eine solche Promotion nicht in eine wissenschaftliche Sackgasse? Für Kandidaten ohne weitere wissenschaftliche Ambitionen sei eine Online-Publikation eine »reizvolle Option«, »und es gibt keinen Grund, davon abzuraten« (S. 194). Auch diese Einschätzung verwundert.

Die Anregungen, nicht nur für Doktoranden der Politikwissenschaft geeignet, sind prinzipiell sinnvoll. Das Pro und Kontra bei unterschiedlichen Positionen wird fair geschildert – etwa bei der Frage nach dem Sinn einer stärkeren Strukturierung von Promotionsstudiengängen, wie das gegenwärtig – leider – der Fall ist. »Es gibt nicht den einen, den Königsweg für eine erfolgreiche Promotion in der Politikwissenschaft. Aber auf allen Wegen sollten bestimmte Aspekte bedacht werden. Dieser Ratgeber dient aus diesem Grund nicht als Rezeptbuch – auch weil jeder Weg zur Promotion notwendigerweise ganz individuell aussehen muss« (S. 21).

Die Autoren vergleichen den Anteil der Promotionsstudenten mit dem Anteil der »normalen« Studenten im Fach. Das ist wenig aussagekräftig – zum Beispiel deshalb, weil manche eingeschrieben sind, aber gar nicht an der Promotion sitzen bzw. deshalb, weil manche nicht eingeschrieben sind, gleichwohl an der Dissertation arbeiten. 2011 absolvierten 1.980 Studenten ein Universitätsexamen im Fach Politikwissenschaft – ohne Bachelor- und Masterabschlüsse –, und 284 wurden promoviert,⁴ davon 165 Männer und 119 Frauen.⁵ Grob gerechnet entfällt damit pro Jahr auf einen Hochschullehrer im Fach Politikwissenschaft eine Dissertation. Solche empirischen Befunde unterbleiben leider. Noch ist es zu früh für triftige Prognosen

zum Promotionsverhalten im Fach Politikwissenschaft nach Einführung der neuen Studiengänge.

Wenn die Verfasser den Vorwurf, Doktoranden seien bei ihrem Abschluss (im Schnitt: 33 Jahre) zu alt, mit dem Argument entkräften wollen, im Ausland läge das Alter höher (USA: 40 Jahre), so muss der Hinweis erlaubt sein, dass der »deutsche Doktor« in der Regel wohl nicht dem amerikanischen Ph. D. entspricht. Was Wolf und Wenzelburger über das »Promovieren im Ausland« (S. 77–85) zusammentragen, ist aller Ehren wert. Sie raten von einer Promotion im Ausland zwar nicht ab, aber wer ihre zahlreichen Kautelen liest, wird sich sehr gut das – nicht nur finanzielle – Risiko überlegen.

Für Frieder Wolf und Georg Wenzelburger gibt es nicht den »idealen Betreuer«. Ein Hochschullehrer ist in der Tat keine »eierlegende Wollmichsau«. Bei der Auswahl des Betreuers nennen sie drei universelle (fachliche Qualifikation, Zuverlässigkeit, Freude an der Betreuung) und drei individuelle Kriterien (methodische Ausrichtung, Betreuungsstil, Sympathie). Allerdings, und das kommt in dem Band kaum zur Sprache, hat nicht nur der Doktorand eine Auswahlmöglichkeit, sondern auch der Doktorvater bzw. die Doktor-mutter. Das hiesige Wissenschaftssystem honoriert das – wenig prestigeträchtige – Engagement für Doktoranden kaum. Insofern ist für Personen, die eine Dissertation ansteuern, die erfolgreiche Suche nach einem Betreuer nicht immer einfach.

Nur beiläufig ist vom Phänomen der »Prokrastina« (S. 96) die Rede. Gemeint ist ein Verhalten, das durch Aufschieben wichtiger Arbeiten zugunsten unwichtiger gekennzeichnet ist. Derartige Ersatzhandlungen kommen häufiger vor. Wer einen kurzen Artikel schreibt, hat schnell ein Erfolgserlebnis, aber er verlängert das herbeigesehnte Ende der Promotion. Zuweilen erfolgt die Fertigstellung mancher Dissertationen erst »in letzter Minute« – immerhin.

Es gibt in diesem Band eine Reihe von Passagen, die wohl nicht in einen Promotionsratgeber für Politikwissenschaft gehören. Das gilt weithin für das gesamte Kapitel »Weiterbildung und Methodenschulung«. Was nützen Kurse für die Berufsvorbereitung nach der Dissertation, wenn diese nicht fertiggestellt ist bzw. wird? Die Hinweise auf die Reputation der Zeitschriften, bei denen Beiträge eingereicht werden können und sollen, wirken reichlich weltfremd. Was soll ein Doktorand

4 Vgl. Statistisches Landesamt (Hrsg.), *Fachserie 11, Reihe 4. 1. Bildung und Kultur. Prüfungen an Hochschulen*, Wiesbaden 2012, S. 16.

5 Vgl. ebd., S. 104.

mit dem Hinweis auf den »Impact Score« ausgewählter politikwissenschaftlicher Zeitschriften anfangen? Weder in der *America Political Science Review* noch im *Journal of Politics* dürfte eine Abhandlung von ihm erscheinen – schon aus sprachlichen Gründen. Die Autoren vernachlässigen Ratschläge zur Notwendigkeit einer guten und klaren Sprache ohnehin. Das ist ein häufiger Missstand bei Erstlingsarbeiten. Im Bestreben, möglichst originell und tiefschürfend zu formulieren, fehlt es oft an Präzision, kommt es zu Gestelztheiten. Wolf und Wenzelburger selber schreiben insgesamt gut, lassen manchmal leise Ironie erkennen, wenn es etwa mit Blick auf Doktoranden, die ihre Auswahl der Themen spontan, wie bei der Liebe auf den ersten Blick den Partner, getroffen haben, folgendermaßen heißt: »Sind Sie nach der Lektüre dieses Kapitels immer noch zufrieden und hoffnungsfroh? Gut, dann wollen wir nicht weiter stören. Oder haben wir Zweifel gesät, ob sich Ihr Vorhaben auf dieser Basis zum Erfolg führen lässt? Dann tut uns das leid; es ist vielleicht aber auch besser so« (S. 55).

Der Promotionsratgeber enthält zwei Vorworte – eines vom (damaligen) Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Hubertus Buchstein, der auch den Betreuern einer politikwissenschaftlichen Dissertation die Lektüre empfiehlt, ein anderes von Klaus von Beyme, dem Doyen der deutschen Politikwissenschaft. Der frühere Präsident der International Political Science Association bürstet manche Anregungen in diesem Band gegen den Strich. So plädiert er dafür, die Rolle von Doktorvätern und Doktormüttern (»aufgeklärten Absolutisten«) radikal zu ändern: »Eine kollegiale Betreuung, möglichst in Sonderkursen des Graduiertenstudiums, muss sich durchsetzen – so wie die kollektive Disputation sich bereits etablieren konnte« (S. 16). Für den Rezensenten, weder von der einen noch der anderen Variante überzeugt, ist eine Dissertation eine individuelle Tätigkeit, und diese sollte individuell betreut werden. Das Vertrauensverhältnis zwischen Doktorand und Betreuer ist unumgänglich. Der Doktorand hat Verantwortung gegenüber dem Betreuer, der Betreuer gegenüber dem Doktoranden. Wo eine »kollegiale Betreuung« einsetzt, lauert die Gefahr der Vernachlässigung der Doktoranden. Auch die Überlegungen Beymes, die Promotion aufzuwerten (und im Gegenzug die Habilitation abzuschaffen), leuchten nicht recht

ein. Die Zeit für die Dissertation würde länger dauern, und sachfremde Gesichtspunkte spielten bei der Berufung auf eine Professur wohl eine größere Rolle, als wenn neben der Dissertation eine Habilitationsschrift den Weg für eine herausgehobene wissenschaftliche Tätigkeit freimacht. Freilich ist der Wandel, und da hat Beyme recht, unübersehbar. Er kritisiert die Orientierung der Autoren auf den Status quo, »obwohl sie die Reformbedürftigkeit der europäischen Universitäten und ihrer Prüfungsabschlüsse so gut kennen wie ich« (S. 18). Der Politikwissenschaftler spricht davon, wissenschaftliche Beiträge würden sich »einem amerikazentrierten internationalen Publikationssystem unterordnen« (S. 19). Dabei trennt Beyme zu wenig zwischen dem, was künftig passiert, und dem, was als vernünftig erscheint. »Mannheim und Heidelberg mit ihren unterschiedlichen Traditionen werden immer ähnlicher, und dieser Prozess wird durch die Reform der Promotionsstudiengänge mächtig befördert. Das ist die gute Nachricht – auch wenn es für eine Minderheit der älteren Generation eine schlechte Nachricht bleiben sollte« (S. 19).

Der Promotionsratgeber ist durch eine Reihe von Gastbeiträgen aufgelockert. In ihnen wird zu meist anschaulich die eine oder andere Anregung sowie manche Erfahrung ausgebreitet. Hier ist einerseits eine Reihe von Gemeinsamkeiten und andererseits eine Reihe von abweichenden Positionen erkennbar, wie das bei subjektiven Meinungsbeiträgen nicht anders sein kann. Katharina Holzinger hat drei Ratschläge, Ulrich von Alemann vier, Achim Wendler, ehemaliger Doktorand bei Peter Cornelius Mayer-Tasch, fünf, Manfred G. Schmidt zehn. Holzingers zunächst etwas kryptisch anmutende Ratschläge – »Fangen Sie von hinten an zu planen« – »Arbeiten Sie vom Zentrum nach außen« – »Schreiben Sie von vorn durch« (S. 112) – sind gut umsetzbar. Wer mit einem zentralen Kapitel anfängt, kommt gleich zur Sache. Und der Hinweis auf die lange Schreibphase (»mindestens ein Jahr«, S. 112) kann nicht oft genug wiederholt werden. Alemann empfiehlt u. a. das Thema vom Berufsziel her auszuwählen. Aber weiß jeder Doktorand bereits vorher, was er nacher machen will und machen wird? Mancher ambitionierte Doktorand verliert beim Schreiben die Lust an der Materie, mancher unpräzise gewinnt sie und »leckt Blut«. Insofern ist der Vorschlag, entweder ein praxisnahes oder ein theore-

tisch anspruchsvolles Vorhaben zu wählen, vielleicht doch nicht so gut. Der Rat Achim Wendlers »Lesen, lesen, lesen und anfangs dem Zufall Raum geben!« (S. 48) wird durch einen anderen Rat relativiert und ergänzt: »so früh wie möglich mit dem Schreiben beginnen!« (S. 49). Manfred G. Schmidt plädiert zu Recht für die Wahl eines Themas, das den Doktoranden »brennend interessiert« (S. 132). Seine zehnte These, der manche Lebensfremdheit unterstellen könnten, ist zwar rigoros, aber angesichts der Praxis durchaus bedenkenswert: »Nutzen Sie bei der Planung der Abfassung der Dissertation jede freie Minute. [...] Urlaub ist natürlich wichtig – am besten sollte er nach Abfassung der Dissertation kommen« (S. 138).

Für Werner Weidenfeld muss ein Doktorand Leidenschaft mitbringen, und er darf das Wesentliche nicht aus dem Auge verlieren. Volker Perthes plädiert ebenfalls für ein Thema, das den Doktoranden begeistert. Er steht dem Ratschlag, die erste Prüfungsarbeit zur Dissertation auszubauen, eher skeptisch gegenüber. »In Zeiten der Beschleunigung und des Rufs nach Flexibilität ist es eher unwahrscheinlich, dass ein Unternehmen oder ein Institut einen Bewerber einstellt, der von der Bachelorarbeit bis zur Habilitationsschrift immer nur das eine Thema bearbeitet hat« (S. 53). Das versteht sich – hier schüttet Perthes das Kind mit dem Bade aus. Gerald Schneider, nicht eben bescheiden, empfiehlt für die Auswahl des »Doktorvaters« eine Orientierung an zwei Kriterien: »internationale Sichtbarkeit durch hochrangige Publikationen und der Nachweis eines *track record* in der Betreuung von Doktoranden« (S. 61). Tanja A. Börzel weist zu Recht auf die »Individualisierung des Betreuungsverhältnisses« (S. 72) hin. Nathalie Behne nennt Strategien, wie man mit Krisen umgehen kann. Dass eine Promotion für Berufstätige ein hohes Maß an Disziplin erfordert, wie Lars Castellucci schildert, liegt auf der Hand.

Andere geben weniger Tipps, sondern schildern mehr eigene Erfahrungen. Michael Zürn profitierte von intensiven Diskussionen in einer Arbeitsgruppe um Volker Rittberger – die spätere Schreibphase sei »eine besonders schöne Phase« (S. 32) gewesen. Und Jürgen W. Falter stellt dar, wie – schwer – es war, mit einer mechanischen Schreibmaschine Text zu produzieren. »Hilfreich war dabei ein striktes Zeitmanagement, das bei mir darin bestand, dass ich mich jeden Morgen zur gleichen Zeit in meinem etwas abgelegenen

Dienstzimmer an den Schreibtisch setzte, stets zur gleichen Zeit eine Mittagspause mit Gang zur Mensa einlegte, um mich dann wiederum zur gleichen Zeit wie an den Vortagen und den Tagen danach an den Schreibtisch zu setzen und mehr oder minder um die gleiche Zeit schließlich abends die Schreibmaschine zur Seite zu stellen« (S. 93). Leider fehlen bei den Erfahrungsberichten solche von Personen, die es nicht geschafft haben, ihre politikwissenschaftlichen Dissertationen abzuschließen. Schließlich lässt sich aus Misserfolgen ebenso etwas lernen.

Die Autoren haben mit Glanz und Gloria ihre Dissertation verfasst.⁶ Sie hätten etwas mehr aus der Schule plaudern und stärker die eigenen Erfahrungen schildern können. Immerhin geben sie anhand ihrer Arbeiten Beispiele für Exposés, Abstracts, Fragestellung und methodisches Vorgehen. Das Kapitel über die Erstellung eines Exposés ist besonders hilfreich. Mittlerweile haben sie – mit Nadine Schöneck – einen ähnlich strukturierten *Promotionsratgeber Soziologie* vorgelegt.⁷ Offenbar ist ein großer Bedarf an derartigen Promotionsratgebern erkennbar. Sie helfen freilich nur denen, die sich helfen lassen wollen. Für manche stand und steht bloß »der Doktor« im Vordergrund. Und wer liest, wie Götz Aly und Udo Knapp in den siebziger Jahren – seinerzeit Gegner der »bürgerlichen« Gesellschaft – eine »doppelte« Dissertation am Berliner Otto-Suhr-Institut zustande gebracht haben, kann sich über damalige Usancen nur wundern.⁸ Eine bereits publizierte Schrift Götz Alys⁹ wurde leicht ausgebaut, und die heute selbstkritischen Gutachter (Reinhart Wolff sowie Wolf-Dieter Narr) drückten beide Augen zu.

Fazit: Der Promotionsratgeber, ausgesprochen praxisnah, ist tatsächlich einer. Diese – an sich –

6 Vgl. Georg Wenzelburger, *Haushaltskonsolidierungen und Reformprozesse – Determinanten, Konsolidierungsprofile und Reformstrategien in der Analyse*, Münster 2010; Frieder Wolf, *Bildungsfinanzierung in Deutschland*, Wiesbaden 2008.

7 Vgl. Frieder Wolf/Georg Wenzelburger/Nadine Schöneck, *Promotionsratgeber Soziologie*, Wiesbaden 2012.

8 Vgl. Gunnar Hinck, »Dr. Aly setzt den Standard. Als Dozent an der Universität jagt Götz Aly die »kleinen Gutenbergs«. Doch seine eigene Promotion ist zweifelhaft«, in: *Cicero* 10/2012, S. 42–45.

9 Vgl. Götz Aly, *Wofür wirst du eigentlich bezahlt? Möglichkeiten praktischer Erziehungsarbeit zwischen Ausflippen und Anpassung*, Berlin 1977.

Selbstverständlichkeit muss beim Namen genannt werden, weil nicht jede Einführung in die Politikwissenschaft eine solche ist, sondern zuweilen auf Kollegen zielt. Das Buch – von »Nachwuchswissenschaftlern für Nachwuchswissenschaftler konzipiert« (S. 183)¹⁰ – erfüllt so seinen Zweck, auch wenn mancher Tipp gemeinplatzartig ausfällt (etwa mit Blick auf die Disputation: »Antworten Sie ruhig und selbstbewusst, aber nicht überheblich«, S. 206). Zu diesem Urteil kann auch kommen, wer manche Akzente anders setzt.¹¹ Selbst Betreuer von Doktoranden werden angeregt, sich in deren Gefühlslagen hineinzusetzen, sollten sie die eigene Doktorandenzeit schon vergessen haben.

Eckhard Jesse

Daniel GOLDHAGEN, *Schlimmer als Krieg. Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist. Aus dem Englischen von Hainer Kober [und] Ingo Angres. München, Siedler, 2009, 685 S., 29,95 €*

Daniel J. Goldhagen (geb. 1959) ist seit der Veröffentlichung seines ersten Buchs (1996) über ganz normale Deutsche als Werkzeuge faschistischer Genozidpolitik (*Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust*, New York, Alfred A. Knopf 1996, 622 p., dt. *Hitlers willige Vollstrecker*, Berlin: Siedler, 1996), dem 2002 eine kritische Darstellung des Verhältnisses von katholischen Amtskirche zum Nationalsozialismus folgte (*A Moral Reckoning. The Role of the Catholic Church in the Holocaust and its Unfulfilled Duty of Repair*, London 2002; dt. *Die katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne*, Berlin, Siedler 2002), zweifellos einer der prominentesten US-amerikanischen Holocaustforscher.

Bekannte deutsche Rezensenten kritisierten Goldhagens *Willige Vollstrecker* als historiographisch unzulässige Schuldzuweisung an »die Deutschen«. Goldhagen vertrat darin die Einzigartigkeitsthese des Holocaust (»unique unquen-

ess«), betonte aber zugleich auch im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Bedeutsamkeit genozidaler Opferzeugnisse nicht nur methodologisch zutreffend, dass der Holocaust »sowohl universale als auch einzigartige Elemente« enthält, sondern hob darüber hinaus auch hervor, dass auch in der Holocaust-Forschung – wie in jeder wissenschaftlichen (Genozid-) Debatte – »das Vergleichen an sich nicht in Frage gestellt werden sollte« (»Die Notwendigkeit eines neuen Paradigmas« in: Jürgen Elsässer; Andrei S. Markovits (Hg.), *Die Fratze der eigenen Geschichte. Von der Goldhagen-Dabatte zum Jugoslawien-Krieg*, Berlin: Elefant Press, 1999, 205 Seiten: 80-10, hier 96; auch ebda. 182-185).

Im neuesten Buch mit dem griffigen Titel *Schlimmer als Krieg* (original *Worse than war. Genocide, eliminationism, and the ongoing assault on humanity*, New York: Public Affairs, 2009) produziert Goldhagen zur Propagierung seines neuen Leitkonzepts »Eliminationismus« vorwiegend begriffliches »Gewäsche« (Ernst Bloch) mittels seiner Völkermord (synonym Genozid) überwölbenden und *mass slaughter*, Pogrome, Massaker und Massenmorde einverleibenden, von ihm als *terminus technicus* neugeschaffenen Schlüsselmetapher *eliminationism* (die an Adorno/Horkheimers »totalitären Antisemitismus« erinnert).

Goldhagens Zentralbegriff wird im Rahmenkapitel von *Schlimmer als Krieg* als letale Eliminierung anhand der fünf prozessualen Merkmale Transformation, Unterdrückung, Vertreibung, Reproduktionsverhinderung und schließlich der »tödlichen Form der Eliminierung« – Vernichtung – als übergreifend-allgemeines Konzept vergleichender Genozidpolitik und Vernichtungsforschung vorgestellt. Es offenbart doppelt problematische Sichten: einmal – wissenschaftlich – durch mit totalitarismusanaloger Fokussierung von Völkermord auf Regierungspolitik einhergehendem Beharren auf Holocausteinzigartigkeit; zum anderen – politisch – einen durch das beanspruchte autojustizielle »Recht des Stärkeren« begründenden Völkerstrafrechtsnihilismus, der vor allem das herrschaftliche Interesse imperialer Staaten und Machtblöcke bedient.

Richard Albrecht

10 Damit erklärt sich, dass nicht die Perspektive des Betreuers eingenommen wird. Dieser Umstand hat Vor- und Nachteile.

11 Vgl. Eckhard Jesse, »Zehn »goldene Regeln« für Promovenden. Erfahrungen und Einsichten«, in: Daniel Hechter/Jens Hüttmann/Ulrich Mählert/Peer Pasternack (Hg.), *Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Handbuch*, Berlin 2009, S. 124-134.

Karsten Dustin HOFFMANN: »Rote Flora«. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden, Nomos, 2011, 402 S., 59 €

Seit November 2011 wissen Medien und Öffentlichkeit von der Zwickauer Zelle und ihrer Mordserie. Die Brutalität der rechtsextremen Täter übersteigt weit die jüngste Gewalttätigkeit von Linksextremisten. Dennoch ist Linksextremismus weder harm- noch bedeutungslos. Allein die offizielle Zahl linksextremer Gewalttaten wächst seit Jahren. Daran sind vor allem Linksautonome beteiligt. Umso wichtiger ist es, linksautonome Milieus zu analysieren. Das ist eine stark vernachlässigte, aber auch schwierige Aufgabe. Denn Linksautonome bilden normalerweise Subkulturen, die per definitionem dazu neigen, sich stark abzuschnitten.

Der Herausforderung, linksautonome Dunkelfelder auszuleuchten und aufzuhellen, widmet sich Karsten Dustin Hoffmann am Beispiel der »Roten Flora« im Hamburger Schanzenviertel. Dabei ist Hoffmann kein wissenschaftlicher Trockenschwimmer. Denn bevor er seine filigrane Untersuchung begann, operierte er als Bereitschaftspolizist an der »Roten Flora«. Das motivierte ihn zu seiner Studie. Deren zentrales Anliegen besteht darin, Ziele, Bedingungen, Methoden, Erfolge und Funktionen der »Roten Flora« zu analysieren. Ohne Schaum vor dem Mund verfasst, stützt sich Hoffmanns flüssig formulierter Band primär auf linksautonome Erklärungen, behördliches Schriftgut, Sekundärliteratur und Presseberichte.

Linksautonome wie die »Floristen« sind gemeinhin gewaltnäher und ideologiefreier als orthodoxe Kommunisten, aber auch als traditionelle Anarchisten. Zu den zentralen Merkmalen linksautonomer Weltanschauungen gehört ihr ausgeprägter Individualismus, der sich deutlich vom Kollektivismus orthodoxer Kommunisten unterscheidet. Linksautonome zielen anders als orthodoxe Kommunisten auf keine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft. Fern von Hierarchien versuchen sie vielmehr, primär für sich selbst vor Ort linksalternative Lebensentwürfe zu verwirklichen. Dafür brauchen sie »Freiräume; ohne »Nazis«, ohne »Yuppies«, ohne luxussanierte Wohnungen, ohne steigende Mieten, ohne Kommerz, ohne tierische Lebensmittel, ohne Sexismus, ohne Mackertum, ohne »Bullen« und ohne den »repres-

siven« Rechtsstaat als solchen, den sie für das »fascistisch-kapitalistische« Grundübel halten und deshalb auch mit massiver Gewalt bekämpfen. Aus linksautonomer Sicht gelten Menschenrechte gerade für »Bullen« und für »Nazis« nur eingeschränkt.

Einen »Freiraum« für ihre alternativen Lebensentwürfe wollten sich linksautonome Gruppen im ehemaligen Flora-Theater schaffen. Deshalb besetzten sie es 1989. Damit wollten sie einen Beitrag leisten, um das gesamte Schanzenviertel soziokulturell zu konservieren und die linksautonome Szene in der Hansestadt zu stärken. Deshalb engagierten sie sich vehement gegen Pläne des damaligen Eigentümers, der Stadt Hamburg, die »Flora« an einen Investor zu verkaufen, der das Gebäude sanieren und renovieren wollte, um es zu einer Spielstätte für das »Phantom der Oper« umzuwandeln.

Um ihre zentralen Ziele zu erreichen, setzen die »Floristen« und ihr Umfeld bis heute gerade auch auf Gewalt, darunter Brandsätze und Wurfgeschosse wie Steine und Flaschen gegen Personen. Daneben versuchen sie, offensiv Sympathien unter Anwohnern und anderen Menschen zu gewinnen, indem sie die »Rote Flora«, die kein Wohnobjekt ist, als soziales und kulturelles Zentrum für das gesamte Quartier profilieren – und nicht lediglich als Projekt für die Autonomie von »Floristen«. So betreiben sie – für Leute mit wenig Geld – eine »Volkküche«, eine Fahrradwerkstatt und vor allem ein Kulturprogramm im Sinne einer »Gegenkultur«.

Bislang sind die »Floristen« ihren zentralen Zielen, den Staat zu beseitigen und die Gesellschaft grundlegend umzubauen, nicht näher gekommen. Sie haben es nicht geschafft, weitere »Freiräume« zu initiieren – mit der »Roten Flora« als Ausgangspunkt. Von einer Deutungshoheit oder Führungsrolle auch nur in Teilen des politischen Spektrums sind sie weit entfernt (die Linkspartei fungiert heute als die Lobby der »Roten Flora«). Ebenso scheiterten die »Floristen« daran, die Umstrukturierung des Schanzenviertels zu verlangsamen – etwa, indem sie Luxuskarossen abfackeln (lassen). Vielmehr gibt es im Schanzenviertel inzwischen Edelrestaurants – betrieben von TV-Köchen. Auch misslang es der »Roten Flora« bisher, die linksautonome Szene in Hamburg und Umgebung zu stärken.

Hingegen ist es den »Floristen« gelungen, eine Räumung ihrer subkulturellen Trutzburg zu verhindern und sie seit über 20 Jahren als fast rechtsfreien Raum zu erhalten. Darauf gründet ihr Mythos in der europäischen Szene bis heute. Gerade daraus saugt sie immer noch Motivation. Zugleich genießt die »Rote Flora« – zumindest als soziales und kulturelles Zentrum – Sympathien bei Teilen der Hamburger Medienlandschaft und Öffentlichkeit. Obendrein erwirtschaften die »Antikapitalisten« durch ihr soziales und kulturelles Engagement Geld für ihre Projekte und Kampagnen.

Im Alltag mussten die »Floristen« freilich immer wieder erkennen, wie groß mitunter die Unterschiede zwischen idealem und realem Leben sind. So erreichen Tendenzen zur Kommerzialisierung, zur Entpolitisierung (auch von Gewalt), zu Israelfeindlichkeit (»Isra-Hell«) und zum Sexismus auch das Innenleben der »Roten Flora«. Ebenfalls gab es in ihr schwere Konflikte zwischen Homosexuellen und Feministen. Als die »Floristen« eine offene Drogenszene an ihrem Objekt protegierten, entfernten sich Anwohner von ihnen, denen sie daraufhin »Rassismus« vorwarfen. Das Ziel der »Roten Flora«, einen »herrschaftsfreien Diskurs« zu etablieren, stieß in- und extern rasch an Grenzen.

Um die Szene dauerhaft zu befrieden und zu »entzaubern«, rät Hoffmann, weiter auf eine Räumung der »Roten Flora« zu verzichten. Denn ihre fortgesetzte Duldung als linksautonome »Spielwiese« könne helfen, die selbstreferentielle Szene zu sedieren und ihre zumindest latent hohe Gewaltbereitschaft einzudämmen. Die »Floristen« müssen weiter den Eindruck erwecken können, das Gebäude besetzt zu halten, obwohl sie ein unentgeltliches Nutzungsrecht genießen, das ihnen ein Multimillionär gewährt. Eine Räumung dagegen könne zu einer erneuten Aufwallung von Gewalt führen.

Freilich warnt Hoffmann, die »Floristen« – auch indirekt – weiter mit staatlichen Geldern zu unterstützen, solange sie Gewalt bis hin zu schwersten Körperverletzungen propagieren oder gar ausüben (lassen), solange sie wüste Drohungen gegen demokratische Politiker ausstoßen und solange sie Morde der RAF feiern. Das wäre, so Hoffmann, ein fatales Signal. Vielmehr bleibt es wichtig, den Verfolgungsdruck auf gewaltorientierte Linksextremisten in der »Roten Flora« und ihrem Umfeld hoch zu halten. Mit seinem diffe-

renzierten Buch verkleinert Hoffmann eine große Forschungslücke. Es liefert viel hilfreiche Orientierung für künftige Studien über Linksautonome.

Harald Bergsdorf

Arnd MORTEL: Marcus Tullius Cicero. Was wir heute noch von ihm lernen können, Würzburg, Königshausen & Neumann, 2012, 308 S., 39,80€

Lebenserfahrung erhellt den Blick des Wissenschaftlers. Seine Urteilsfähigkeit gewinnt im Alter oft an Tritt- und Treffsicherheit. Ein schönes Beispiel für diese vom Leben und der Erfahrung geprägte Klugheit gibt das Buch von Arnd Morkel über Marcus Tullius Cicero. Zu empfehlen ist dieses – in vielen Jahren der ordnenden Erfassung vielfältiger Einzelgesichtspunkte – gereifte Alterswerk zudem noch aus einem anderen Grund: Wenn es um Cicero geht, stehen bei einschlägigen Arbeiten in der Regel meist philologische und philosophische, manchmal auch historische Gesichtspunkte im Vordergrund der Betrachtung. Morkel bringt eine andere, vierte Sichtweise zur Geltung: Als Wissenschaftler wirft er einen seinem eigenen Fach zugehörenden, nämlich politischen Blick auf Cicero, dessen ganzes Leben sich im Spannungsfeld von Philosophie und Politik vollzog. Zu bewundern ist Morkels Leistung zudem noch aus einem dritten Grund: er verarbeitet in seinem Buch eine stupende Kenntnis der trotz vieler Überlieferungsverluste immer noch in stattlichem Umfang hinterlassenen Schriften Ciceros und eine nicht minder stupende Kenntnis der kaum überschaubaren Fülle wissenschaftlicher Forschung zu dieser herausragende Gestalt der römischen Antike.

Morkel fragt im Untertitel seines Buches: »Was wir heute noch von ihm – nämlich Cicero – lernen können?« Damit ist dem Leser ein roter Faden in die Hand gegeben: Es geht um eine Vergegenwärtigung. Aber diese Vergegenwärtigung will Morkel nicht erreichen, indem er alles, was über Cicero geschrieben wurde, beiseite lässt, als ob es gleichsam nie gedacht worden sei. Im Gegenteil: Im Licht und in Kenntnis der umfänglichen Forschung, die ihm vor Augen steht, und mit anregenden Verweisen auf deren Ergebnisse setzt sich Morkel, bevor er sein eigenes Urteil fällt, mit jenen Meinungen auseinander, die das Bild Ciceros bis heute prägen.

Was macht diese Gestalt auch in unserer Gegenwart so ansprechend und reizvoll, dass wir uns mit ihr auseinandersetzen? Zunächst ist es sicher seine geschichtliche Bedeutung: als letzter Verteidiger der römischen Republik, bevor das Prinzipat und schließlich die Monarchie an deren Stelle trat. Cicero war, bevor es zu diesem Umsturz kam, gleichsam der geborene Gegenspieler von Gaius Julius Caesar und ein enger Vertrauter des an der Verschwörung gegen Caesar maßgeblich beteiligten Marcus Junius Brutus. Seinen Kampf für die Republik wollte und musste er mit den Waffen des Wortes schlagen – in einer Zeit, in der politische Macht sich allerdings tatsächlich nicht mehr anders als durch den Kauf von Söldnern und Truppen eringen ließ. Die Macht ist bei den Waffen, nicht bei den Worten. Diese Erfahrung hat Cicero immer wieder machen müssen, und er kann zum Ende seines Lebens nicht mehr glauben, dass sich das je ändern wird (fam. 9, 17, 1). Dennoch hielt er für sich an der Alternative fest und setzte er auf die Macht des Wortes. Er galt als der beste Redner seiner Zeit. Und gerade weil ihm bewusst war, dass auch Worte zu Brandfackeln werden können, war er getragen von der Überzeugung, dass Bildung zum Ziel hat, Rhetorik und Philosophie miteinander zu verbinden und zu versöhnen, weil *ratio* und *oratio*, Denken und Sprechen, als die Grundlage der menschlichen Gemeinschaft (S. 83 mit Bezug auf off. 1, 50) untrennbar zusammengehören (S. 114). So hat er in ungezählten Reden und zahlreichen Schriften seiner Überzeugung vom Wert der Republik Ausdruck verliehen. Das blieb nicht ohne Wirkung. Aber der Erfolg blieb ihm am Ende dennoch versagt: *sapientia* und *potentia* gingen getrennte Wege. Und zum Schluss hat ihn sein Kampf – im wörtlichen Sinn – den Kopf gekostet, als er der ersten Proskription unter Octavianus Augustus – dem ›Friedensfürsten‹ – zum Opfer fiel.

Zurück zur Leitfrage des Verfassers: Was können wir heute noch von Cicero lernen? Morkel ist ein nachdenklicher Forscher. Vorschnelle, oberflächliche Antworten sind seine Sache nicht. Von Hause aus Politikwissenschaftler, interessiert ihn nicht zuletzt der gegenüber Cicero immer wieder erhobene Vorwurf, er habe in den Wirren der Zeit seine Überzeugung dann doch nicht mit letzter Konsequenz in den eigenen Entscheidungen eingelöst. Damit ist die Frage nach der inneren Verfassung eines Menschen – in der Übereinstimmung

von Reden und Handeln – gestellt. Cicero selbst ist der Frage nach der inneren Schlüssigkeit seines Lebens nie ausgewichen. Nicht zuletzt diese Bereitschaft zur prüfenden Reflexion auf die eigene Kontingenz ist es, die ihm eine fortdauernde Bedeutung verleiht und seine Vergegenwärtigung so lohnend macht. Er war sich bewusst, dass die Philosophie nach Wahrheit sucht, die Politik aber von ihrer Durchsetzbarkeit lebt. An seinen engsten Freund Titus Pomponius Atticus schrieb er einmal, nachdem er sich erneut auf Zugeständnisse an seine Gegner hatte einlassen müssen: »Ade, ihr geraden, ehrlichen, anständigen Entschlüsse« (S. 280 mit Bezug auf Att. 7, 14, 3).

Weil die Politik den Kompromiss im Handeln erfordert und die Philosophie von der Radikalität im Denken nicht ablassen kann, stehen beide Lebensformen in einem nicht auflösbaren Spannungsverhältnis zueinander. Weggeführten Ciceros, Republikaner wie er, legten nach der Niederlage des Gnaeus Pompeius gegen Caesar Hand an sich, als klar wurde, dass die Sache der Republik unwiederbringlich verloren war. Ist das schlüssiger, vielleicht sogar gebotener als Ciceros Versuch, im Untergang der Ordnung zu überleben, im Gespräch zu bleiben und seiner Überzeugung selbst in aussichtslose Lage Gehör zu verschaffen? »Cicero war nicht weniger republikanisch gesinnt als (Marcus Porcius) Cato«, schreibt Morkel, »aber er war realistischer. Zum Glück für die Nachwelt glaubte er nicht, dass sein eigener Tod dem Gemeinwesen etwas genützt hätte. Hätte er sich nach dem Sieg Caesars wie Cato das Leben genommen, hätten wir auf sein gesamtes Spätwerk – darunter so unersetzliche Werke wie die ›Gespräche in Tusculum‹ und ›Vom rechten Handeln‹ – verzichten müssen« (S. 281).

Gleichwohl: Die Frage, ob es rechtens ist, nicht den Tod gesucht – oder zumindest gewagt zu haben, bedrängte Cicero. Morkel erinnert in diesem Zusammenhang an die Rede von Karl Jaspers unmittelbar nach Ende des Krieges, im August 1945, anlässlich der Wiedereröffnung der Heidelberger Universität, und dessen Satz: ›Dass wir leben, ist unsere Schuld. Wir wissen vor Gott, was uns tief demütigt.‹ Jaspers spielte damit auf die Scham derer an, die – wie er selbst – die Verbrechen der Nationalsozialisten stumm hatten geschehen lassen.

Es sind die Aufweise solcher Zusammenhänge, die Morkels Buch zu einem außergewöhnlichen machen. Sein Blick ist der eines Wissenschaftlers,

der – als Schüler und in dessen geistiger Nachfolge – bei Dolf Sternberger gelernt hat, was das Politische grundlegend von anderen Lebensbereichen unterscheidet. Ihren Gipfelpunkt erreicht diese Frage, wenn sie auf das – gerade in der deutschen Geschichte seit je so nachhaltig gestörte – Verhältnis von Macht und Geist trifft. Können Philosophie und Politik Hand in Hand gehen?

Das war Ciceros Leitfrage damals und es ist die von Morkel heute. Wenn sich Geist und Macht verständnislos gegenüberstehen, ist der Weg bis zur Sprachunfähigkeit der ganzen Gesellschaft nicht mehr weit. Und so kann es nicht verwundern, dass Morkels Buch auf Schritt und Tritt nach Wegen sucht, jene Sprachlosigkeit, die im Zerwürfnis von Geist und Macht wurzelt, zu überwinden – als Voraussetzung der Bewahrung von Republik und Demokratie damals wie heute. Wenn zu Ciceros Maximen vorzüglich zählte, im Streit beiden Seiten gerecht zu werden, dann bezieht er diese Aufforderung gerade auch auf die wechselseitige Verwiesenheit von Denken und Handeln – und seine Forderung nach einer Einheit von Politik, Rhetorik und Philosophie findet hier ihre Begründung. Diese Einheit, die der späten römischen Republik verloren gegangen war, wiederherzustellen, so resümiert Morkel, war Ciceros Lebensplan gewesen (S. 94). Er wollte eine Brücke bauen, weil er in der Sprachlosigkeit der sich gegenüberstehenden Arroganz der Macht einerseits und der Arroganz des Geistes andererseits (S. 114 mit Bezug auf de or. 3, 72) den nachhaltigen Grund für den Verfall der Republik sah.

Wer gleichwohl in dieser Einheit zu leben sucht, trägt nicht selten die schmerzlichen Folgen ihres Anspruchs. Cicero ging nicht über Leichen. Ihm fehlte die kalte Rücksichtslosigkeit seiner Gegner. Das machte ihn im Streit mit den Feinden der Republik zum Unterlegenen. Und Morkel fügt vielsagend hinzu: »Nicht ausgeschlossen, dass dies unter anderem seiner Nähe zur Philosophie geschuldet war« (S. 287). Mit dieser Einsicht ist nicht nur die historische Figur Ciceros berührt, sondern der zeitlose Zweifel, ob sich denn diese geforderte Einheit überhaupt je leben lässt.

Was bleibt? Entgegen seiner eigenen Erwartungen und Hoffnungen ist Cicero »nicht als Retter der ›libera res publica Romana‹ in die Geschichte eingegangen, sondern als einer der Väter des Humanismus, als Autor bedeutender politischer und philosophischer Werke, als Meister der Rhetorik

und der Sprache und nicht zuletzt als Lehrer republikanischer Denkungsart. Den Kampf um die römische Republik hat er verloren, im Kampf für die Idee der Republik sind seine Schriften bis heute eine unversiegbare Quelle geblieben« (S. 289).

Ciceros Begriff der ›humanitas‹ findet in Morkels Buch eine eindrucksvolle Würdigung unter der Fragestellung: Was heißt es, menschlich zu leben – damals wie heute? Nicht zuletzt im Widerspruch zu den Stoikern hat Cicero sein Menschenbild als eine elementare zivilisatorische Norm, die bis in unsere Gegenwart nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt hat, entwickelt – zum Beispiel in seinem Verständnis von Freundschaft, Alter und Tod. Schon diese von Morkel so kenntnisreich geleistete Rekonstruktion der Grundbedeutung des Wortes ›humanitas‹ lohnt die Lektüre seines Buches, zumal in einer Zeit, die den Begriff so inhaltsleer und verschwommen gebraucht. Kein anderer Autor seiner Zeit hat sich auf ihn so häufig bezogen wie Cicero. Über 600 Mal findet es sich das Wort in seinen Schriften. Dabei bleibt auch bei ihm selbst dessen Bedeutung buntscheckig und vielgestaltig. Aber das Wort ist ihm zu einem Leitbegriff geworden. Aus diesem Grund lohnt sich vielleicht die Beschäftigung mit Cicero vor allem: Denn seine Frage, was einen ›homo vere humanus‹, einen wahrhaft ›menschlichen‹ Menschen, ausmacht, ist heute keinesfalls weniger drängend als seinerzeit im letzten vorchristlichen Jahrhundert. Morkels Buch ebnet dem Leser einen Weg, die Zeitlosigkeit dieser drängenden Frage zu erfassen – umso mehr, als der vorbildliche Stil, in dem dieses Buch geschrieben ist, das Lesen zu einem Vergnügen macht.

Christoph Böhr

Lutz MUSNER: *Der Geschmack von Wien. Kultur und Habitus einer Stadt*. Campus Verlag, Frankfurt/New York 2009, 293 S. brosch., 34,90 €

Dieses Buch macht es dem Rezensenten schwer, das zu tun, was man gewöhnlich von einer Besprechung erwartet: eine prägnanten und zugleich den Leser orientierende Inhaltsangabe des vorzustellenden Werkes zu liefern. Der Grund ist evident: Lutz Musner geht es nicht um eine Stadtgeschichte im traditionellen Sinn, die sich an die Vorgabe der historischen Chronologie zu halten hat. Sein Ziel ist vielmehr, in immer neuen Anläufen und aus der

Perspektive verschiedener Topoi wie »Kultur«, »Habitat«, »Ikonografie«, »Musik«, »Gemütlichkeit« oder »Geschmackslandschaft« das Bild zu rekonstruieren, das Wien von sich selbst und die Außenwelt von ihm gemacht hat und macht. Die Quellen, auf die er rekurriert, sind Stadtführer und Stadtveduten, Bild- und Werbemedien, Architekturkontroversen und literarische Stadttex-te. Aber er bezieht auch stadtypische Alltags- und Freizeitpraktiken in seinen analytischen Fokus mit ein. Dabei ist bemerkenswert, dass sich Musner insofern von postmoderner Beliebigkeit absetzt, als er das zu rekonstruierende Außen- und Selbstbildnis Wiens nicht auf bloße Zeichen und Codes reduziert, sondern diese stets mit einer historischen Grundierung ebenso in Verbindung bringt wie er die dialektische Korrelation von populärer Volkskultur der Wiener Vorstädte mit der in der Wiener Innenstadt akkumulierten »Hochkultur« betont. Im Grunde genommen unternimmt Musner den Versuch, Wien im Rahmen einer Skala zu vermessen, an deren Polen *global cities* wie Tokio und Hongkong auf der einen und die museale Barockstadt auf der anderen Seite zu lokalisieren sind, die nach 1945 vom konservativen Zeitgeist zum Idealbild Wiens erhoben wurde. Nach Musners eindringlichen Analysen steht Wien eindeutig nicht für den städtebaulichen Traditionsbruch, den Le Corbusier einst zum Signum der radikalen Moderne des Städtebaus erhob. Wien, so seine These, ist in seinem Profil unverwechselbar, weil sich in sein Stadtbild unauslöschlich die eigene Geschichte eingeschrieben hat: als Residenz- und Kaiserstadt ebenso wie als Musikmetropole und »Laboratorium der Moderne«, als gelebte Sozialutopie des Roten Wien und als ein Brennpunkt der Judenverfolgung- und vernichtung im Dritten Reich ebenso wie als Stadt kommunaler Traditionen, welche zum gültigen Vorbild weit über Österreichs Grenzen hinaus avancieren konnten. Andererseits ist Wien aber auch mehr als die Residenzstadt des Barock mit ihren einschlägigen Bauten und den von den Habsburgern akkumulierten Kunstschatzen, die ihre Identität in einem pretrifizierten Kulturkonservatismus sucht. Vielmehr stellte es sich sowohl in der liberalen Epoche vor 1900 und in der Zwischenkriegszeit als auch nach 1945 den oft übermächtigen Herausforderungen in einer Weise, die Tradition und Modernität zu einem spannungsgeladenen Ausgleich zu bringen versuchte. Was das Buch Musners auszeichnet, ist,

dass es weder positive noch negative Vorurteile bedient, welche über Wien kursieren. Es wirft ein scharfes Licht auf die Vermarktungsstrategien der Stadt im Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Metropolen. Aber es öffnet auch den Blick für jene Authentizität Wiens, welche sich der Kommerzialisierung entzieht. In den besten Traditionen der Aufklärung stehend, entwickelt es ein selbstreflexive Szenario aus Elementen des Lebensstils, der Ästhetik und der Alltagskultur, das den Leser anregt, sich ein eigenes Bild über den Glanz und die Abgründe dieser Stadt zu machen.

Richard Saage

Savaş TAŞ: Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus. Eine diskursanalytische Studie zur Ideologie des türkischen Staates und der MHP, Münster, Westfälisches Dampfboot, 2012, 300 S., 29,90 €

Die an der Freien Universität Berlin eingereichte Dissertation setzt sich – laut Einleitung – zum Ziel, die »Verknüpfung von Nationalismus und Rassismus« nachzuzeichnen. (S. 11). Dies ist im Rahmen der Arbeit gelungen, insofern zum einen das nationalistische (im Allgemeinen) und zum anderen das rassistische Gedankengut (im Besonderen) anhand exemplarisch ausgewählter Textfragmente diskursanalytisch aufgezeigt werden.

Die Arbeit ist klar gegliedert. Die acht Hauptkapitel inklusive Einleitung und Schlussbemerkung bauen stringent aufeinander auf. Zielsetzung, Untersuchungsgegenstand und Methodik bilden ein in sich weitgehend geschlossenes Argumentationskonzept. Die Ergebnisse sind eindeutig (im Sinne von Indizien) und verifizieren den vorab angenommenen und unterstellten Zusammenhang.

Die Beschränkung des zu untersuchenden Textcorpus auf die Textsorte Tageszeitung ist grundsätzlich nicht problematisch. Auch die Auswahl der Tageszeitungen ist nachvollziehbar, obwohl nicht expliziert wird, inwiefern die Zeitung *Hürriyet* dem Atatürkismus *eindeutig* zuzuordnen ist. Dass *Hürriyet* »eine staatsideologisch-nationalistische Redaktionspolitik betreibt«, wird behauptet (S. 220), aber (im Rahmen der Arbeit) nicht nachgewiesen. Gravierender jedoch ist, dass nicht evident wird, nach welchen Kriterien die Textfragmente ausgewählt wurden. Die wenigen vorgestellten Fragmente der »insgesamt 58 Texte«

(S. 129) werden nicht text-/sprachimmanent ausgelegt, sondern unter Bezug auf das zugrunde liegende Ereignis bzw. den zugrundeliegenden Ereigniskomplex interpretiert. Die Texte, aus denen die Fragmente entnommen sind, sind nicht vollständig abgedruckt, so dass der Sinnzusammenhang nicht deutlich wird und auch nur durch den Aufruf der entsprechenden Internetseiten überprüft werden kann. Da aber zu hoffen ist, dass sich nicht nur des Türkischen kundige Leser mit der Arbeit detailliert auseinandersetzen werden, wäre ein kompletter Abdruck der jeweiligen Texte auf (zumindest) Deutsch hilfreich. Die aus beiden Zeitungen, *Hürriyet* und *Ortadoğu*, ausgewählten Fragmente beziehen sich zudem nicht immer auf dieselben Vorkommnisse. Statt die Textauswahl allein nach (lediglich fünf) eminent wichtigen Themenbereichen zu treffen, wäre es daher sinnvoll, zur Demonstration geeignete politische Ereignisse wie z.B. die Zulassung von Kopftüchern an Universitäten auszuwählen und zunächst vorzustellen. Zudem sollte ihre Aufarbeitung nicht nur in einer der beiden – im vorliegenden Fall ausschließlich in *Ortadoğu* –, sondern in beiden Zeitungen untersucht werden, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Wortwahl, textueller Einbettung, Argumentation, Meinungsbildung und Bewertung aufzuzeigen.

Doch das Ungenügen der Arbeit liegt vor allem darin, dass das Versprechen des Titels, den ethnischen »Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus« auf- und nachzuweisen, nicht eingelöst wird und aufgrund der Herangehensweise auch nicht eingelöst werden kann. Dies wird bereits in der Problemstellung (Kapitel 1.1) deutlich, indem »die gegenwärtige Erscheinungsform des türkischen Nationalismus« auf lediglich zwei politische »Mainstreambewegungen« reduziert wird: Den Atatürkismus qua »Staatsideologie« – ein Begriff, der nicht näher erläutert wird – als Grundtyp und die Ansichten der MHP als eine Art (radikaler) Sonderweg. (S. 12) Die Komplexität des Nationalismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen wird dadurch nicht in ihren Bezügen und Verflechtungen deutlich. Beispielsweise werden das Schulsystem, das Militärwesen und die Verstrickung der Judikative und Exekutive (in den Ergebenkon-Prozessen, den Anklagen aufgrund des berühmterberechtigten § 301 Strafgesetzbuch, etc.) nur am Rande und der politische Islam (insbeson-

dere AKP, Gülen-Bewegung, etc.) gar nicht thematisiert.

Gerade die Untersuchung von AKP und CHP wäre zudem interessant, da beide Parteien zwar unterschiedliche, meist (macht-)konträre Positionen im Parteienspektrum einnehmen, beide aber von Ziya Gökalp beeinflusst sind. Dass Gökalp zu zitieren gleichwohl gefährlich werden kann, erfuhr Ministerpräsident Erdoğan, als er, noch Bürgermeister von Istanbul, 1998 mit lebenslangem Politikverbot bestraft wurde, weil er bei einem öffentlichen Auftritt die (Schluss-)Strophe eines Gedichts zitierte, das er Gökalp wohl (wissentlich) zu Unrecht zugeschrieb. Je nachdem, wer an der Macht ist und die Macht über die Staatsorgane hat, interpretiert eben als (Meinungs-)Führer Norm und Normbruch auf seine Weise und setzt die Sanktionsmechanismen im Diskurs entsprechend ein. (Da hilft es auch nichts, sich hinter Autoritäten wie Gökalp zu verstecken.)

Führerkult und entsprechende Rollenmuster und -erwartungen werden in der Arbeit jedoch nicht einmal ansatzweise reflektiert. Dies verwundert, da die Türkei – bekanntermaßen – immer noch eine (zu) stark autoritär bestimmte Gesellschaft ist (siehe u.a. die Publikationen von Pinar Selek und Necla Kelek). Auch diese Strukturen prägen den Nationalismus mit und sind insofern mit zu berücksichtigen. Sehr deutlich zeigt sich dies bereits am Personenkult um Atatürk. Er heißt nicht nur, er ist sowohl *realiter* als auch *idealerweise* »ata-türk«: Vater der Türken. Die Haupttrichtung des türkischen Nationalismus ist entsprechend, wie der Autor zu Recht betont, primär *Atatürkismus*. Die Wirksamkeit des Vorbilds *Atatürk* und die (diversen Spielarten seiner) Übertragung auf den gesamten Staatsapparat und alle zivilgesellschaftlich relevanten Organe und Organisationen bleibt in der Arbeit jedoch weitgehend ausgeklammert (ebenso wie die Versuche, sich von diesem Über-Vater/Über-Ich zu befreien).

Die Idee, einen »Exkurs« zur »türkische[n] Community in Deutschland« als eigenes Kapitel in die Dissertation einzuarbeiten (Kapitel 7) ist begrüßenswert, um aufzuzeigen, wie Nationalismus und Rassismus im Ausland, in Deutschland wirken. Da die Sozialisations- und Tradierungsmechanismen – beispielsweise das Prinzip der gegenseitigen Kontrolle (mahalle baskısı), das die AKP bevorzugt (siehe Joppiens Dissertation, publiziert in 2011) – aber nicht berücksichtigt werden, bleibt

unklar, ob und inwiefern Nationalismus und Rassismus im In- und Ausland im Spannungsverhältnis von Homogenität und (gerade noch) tolerierbarer Heterogenität different ausgeprägt sind, gelebt werden und gelebt werden können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Dissertation die Tendenz zu Nationalismus und Rassismus in der türkischen Politik und ansatzweise auch in Staat und Zivilgesellschaft an einzelnen Ereignissen und in einzelnen Textfragmenten exemplarisch aufzeigt. Die diskursanalytische Methodik hat sich dabei als Verfahren grundsätzlich bewährt. Um jedoch den Gesamtkomplex Nationalismus als soziales und politisches Konstrukt und weiter wirkendes Grundverhalten verstehen und begreifen zu können, sind Themenbereiche, Ereignisse und Ereignisbezüge viel umfassender zu analysieren. Auch der Textkorpus reicht bei weitem nicht aus, um den »ethnischen Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus« in (all) seinen Grundmustern, diversen Spielarten und Wechselwirkungen dar- und auslegen zu können.

Georg Simet

Eric VOEGELIN / Leo STRAUSS: Glaube und Wissen. Der Briefwechsel zwischen Eric Voegelin und Leo Strauss. Unter Mitwirkung von Emmanuel Patard hrsg. von Peter J. Optiz, München, Wilhelm Fink Verlag, 2011, 208 S., 29,90 €

Eric Voegelin und Leo Strauss zählen (gemeinsam mit Hannah Arendt) zu den Hauptvertretern der »neoklassischen Philosophie« (Henning Ottmann) des 20. Jahrhunderts. Die souveräne Kenntnis der platonischen Philosophie sowie der inhaltliche Bezug auf Platon ist eines der Verbindungsglieder zwischen Voegelin und Strauss. Andere kommen hinzu: Beide haben vorwiegend im deutschsprachigen Wissenschaftsraum ihre akademische Prägung erhalten, sie waren Augenzeugen des Ersten Weltkriegs und der darauf folgenden Entwicklungen der 1920er Jahre, beide ergriffen aus Angst vor Verfolgung die Flucht und emigrierten schließlich in den 1930er Jahren in die Vereinigten Staaten, wo sie eine akademische Karriere machten und wo ihr Werk bis heute großes Ansehen genießt. Leo Strauss und die ihm nachfolgenden »Straussians« genießen einen hervorragenden Ruf in den USA; sie besetzen wichtige Lehrstühle für Philosophie und Politische Theorie im ganzen

Land. Auch Eric Voegelin zählt in den Vereinigten Staaten zu den größten Theoretikern des 20. Jahrhunderts; sein Werk wird durch die »Eric Voegelin Society« verbreitet und gilt als große Errungenschaft des politischen Denkens.

Der von Peter J. Optiz herausgegebene Briefwechsel zwischen Eric Voegelin und Leo Strauss beinhaltet alle vorhandenen Briefe zwischen den beiden Wissenschaftlern zwischen 1934 und 1964. Obwohl Voegelin auch mit Wissenschaftlern wie Alfred Schütz, Robert Heilman, Hermann Broch und Karl Löwith eine interessante Korrespondenz pflegte, kommt dem Briefwechsel mit Leo Strauss eine besondere Bedeutung zu: Beide gehörten der wissenschaftlichen Disziplin der politischen Theorie an, und beide waren der Philosophie Platons in besonderem Maße verpflichtet. Ihr verdankten beide Autoren nicht nur maßgebliche Parameter für die Interpretation der politischen Theorie, auch ihre Deutung der Moderne und der Gegenwart spiegelt die Verwurzelung in platonischen Kategorien wider. Obwohl der Briefwechsel bereits 1934 mit einem Schreiben von Voegelin an Strauss beginnt, in dem Voegelin ein Treffen vorschlägt, über dessen Zustandekommen keine Informationen vorliegen, fällt der Auftakt für die inhaltliche Auseinandersetzung erst in das Jahr 1942. Beide leben zu dieser Zeit bereits in den USA. Strauss hebt lobend die Rezension eines Buches von Huntington Cairns durch Voegelin hervor, merkt jedoch sogleich an, dass die Basis von Voegelins Ansatz das Christentum ist. Er fragt: »Der christliche Glaube?« und zieht die Schlussfolgerung: »Damit kommen wir zu der alten Frage, inwieweit eine Wissenschaft auf Glauben begründet sein kann.« Diese Frage, die sowohl für Voegelin als auch für Strauss von zentraler Bedeutung ist, wird von Voegelin bejaht – Wissenschaft gründet auf dem Glauben – und von Strauss in vergleichbarer Klarheit verneint: Wissenschaft und Glaube sind streng zu trennen. Eine konkrete Anwendung findet diese Differenz bei der Interpretation des platonischen Werks und der Begründung seines Denkens. Voegelin behauptet, dass im Zentrum des platonischen Denkens Grunderlebnisse stehen, die mit der Person und dem Tod des Sokrates verknüpft sind; die theoretische Leistung Platons scheint für Voegelin gegenüber diesen Grunderlebnissen sekundär zu sein. Die letztliche Fundierung des platonischen Denkens ist deshalb im Mythos zu finden; erst wenn die Grundordnung der

Seele gegeben ist, kann das Feld der gesellschaftlichen Beziehungen geordnet werden. Diesen Interpretationsansatz lehnt Strauss entschieden ab. Er schreibt: »Ich halte diese Interpretation nicht für richtig. Aber sie ist so turmhoch ungefähr allem, was man so über Plato-Aristoteles zu lesen bekommt, überlegen, dass ich es sehr begrüßen würde, wenn sie der amerikanischen Öffentlichkeit vorgelegt würde.« Während Strauss unter Philosophie ein Wahrheitsstreben versteht, das kosmologische und theologische Spekulationen strikt ausschließt und damit auch für die Gottesfrage keinen Platz lässt, betont Voegelin gerade umgekehrt die Bedeutung des Mythos und bezeichnet die zugrunde liegenden Grunderlebnisse und Transzendenzerfahrungen als die besondere Leistung Platons. Neben diesen beiden Problemkomplexen, nämlich erstens dem Verhältnis von Glaube und Wissen bzw. Offenbarung und Philosophie, und zweitens der Begründung der platonischen und aristotelischen Philosophie, rückt im Verlauf der Korrespondenz ein drittes Kernproblem in den Mittelpunkt des intellektuellen Austausches: die Beziehung von Philosophie und Geschichte und damit das Verhältnis von zeitloser Wahrheit und politisch-historischem Geschichtsprozess, in dem sich diese Wahrheit Ausdruck verschafft – oder nicht. Voegelin ist überzeugt davon, dass die Menschheit im Laufe der Geschichte unterschiedliche Einsichten in die Wahrheit der Existenz gewinnt, die im Christentum ihren Höhepunkt erfahren; Strauss weist auch diese von Voegelin (als selbstverständlich) unterstellte Verbindung von Wahrheit und Geschichte zurück und sieht auch im Christentum nicht den Gipfel der Wahrheitserkenntnis.

Die Liste der diskutierten Themen zwischen Voegelin und Strauss ließe sich numerisch fortsetzen und inhaltlich vertiefen. In der Korrespondenz erfolgt diese Ausweitung und Vertiefung. Vor allem im Zeitraum der frühen 1950er Jahre, als beide

Theoretiker ihre »Walgreen Lectures« an der Universität von Chicago hielten – Voegelin unter dem Titel »Truth and Representation« (später als *New Science of Politics* veröffentlicht), Strauss ein Jahr später unter dem Titel »Natural Law and History« – erreicht auch die Korrespondenz eine bemerkenswerte Tiefe; die Differenzen zwischen beiden kommen ebenso kurz wie prägnant in den jeweiligen Schreiben zum Ausdruck. Der von Peter J. Opitz herausgegebene Briefwechsel folgt dem englischen und französischen Korrespondenzband nach. Im Unterschied zu ihnen liegt mit dem deutschen Werk der Briefwechsel allerdings nun in der Sprache vor, in der er tatsächlich geführt wurde. Auch umfasst der Briefwechsel in der deutschen Fassung im Vergleich zur englischen Ausgabe statt 52 Briefen nun 56; der Franzose Emmanuel Patard hatte zusätzliche Briefe ausfindig gemacht und zur Verfügung gestellt. Vor allem enthält die deutsche Fassung 18 Seiten von Leo Strauss verfasste Anmerkungen zu Voegelins *New Science of Politics*, die ein wichtiges Licht sowohl auf die Interpretation von Voegelins Schrift als auch auf das Denken von Strauss selbst werfen. Peter J. Opitz hat dem Briefwechsel ein Vorwort vorangestellt und ihm ein umfangreiches Nachwort angefügt; das Nachwort beginnt mit dem Begriff »Seelenverwandtschaften« und untersucht unter diesem Topos die Nähe bzw. Ferne der Positionen der beiden Denker. Es führt nicht nur das Leben und Werk der beiden Theoretiker kenntnisreich und detailliert vor Augen, sondern es thematisiert vor allem die inhaltliche Distanz, derer sich die beiden der Philosophie Platons verpflichteten Denker im Lauf der Jahre mehr und mehr bewusst wurden, und die eben in dem Briefwechsel ihren ebenso (stilistisch) schönen wie (philosophisch) interessanten Ausdruck gefunden hat.

Harald Bergbauer